

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sabine Zimmermann, Jutta Krellmann, Diana Golze, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/4502 –**

Zumutbarkeit von Arbeitsangeboten nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch – Arbeitsförderung – und dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch – Grundsicherung für Arbeitsuchende –

Vorbemerkung der Fragesteller

Regelungen zur Zumutbarkeit der Aufnahme einer Beschäftigung spielen eine entscheidende Rolle in der Vermittlungstätigkeit der Arbeitsverwaltung, sowohl im Bereich des Dritten Buches (SGB III) als auch des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II). Zumutbarkeitskriterien definieren, bei welchem Stellenangebot die Arbeitsverwaltung vom Erwerbslosen eine Annahme verlangen und mit Sperrzeiten, Kürzungen und Minderung der Anspruchsdauer der Lohnersatz- bzw. Sozialleistung drohen muss. Das SGB III und SGB II regeln die Zumutbarkeit in eigenen Paragraphen (§ 121 SGB III, § 10 SGB II). Im Zeitverlauf wurde die Schwelle für zumutbare Beschäftigungen immer weiter herabgesetzt. Während das SGB III noch eine niedrigschwellige zeitlich gestaffelte Unzumutbarkeit hinsichtlich des Arbeitsentgeltes und der Entfernung der Arbeitsstätte kennt, ist im SGB II formuliert, dass jede Arbeit zumutbar ist.

Weder das SGB III noch das SGB II sehen einen Berufsschutz bzw. einen an der Qualifikation oder bisherigen Tätigkeit des Erwerbslosen orientierten Vermittlungsvorschlag vor.

Die Zumutbarkeit hat sich so zu einem Steuerungsinstrument entwickelt, mit dem Druck auf Erwerbslose, aber auch auf das Lohnniveau insgesamt ausgeübt, prekärer Beschäftigung Vorschub geleistet und ein Prozess der Dequalifizierung vorangetrieben wird, da berufliche Abschlüsse und Erfahrungen der Kunden (Erwerbslose) in der Vermittlungstätigkeit der Arbeitsverwaltung kein verbindliches Kriterium darstellen.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Arbeitsvermittlung der Agenturen für Arbeit zielt darauf ab, Arbeitgebern die für eine erfolgreiche wirtschaftliche Tätigkeit notwendigen Arbeitskräfte und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einen ihren Fähigkeiten, Kenntnis-

sen und Neigungen entsprechenden Arbeitsplatz zu vermitteln. Sie richtet sich deshalb – der in § 35 Absatz 2 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch (SGB III) festgelegten Regelung entsprechend – zuvorderst nach den beruflichen Kenntnissen und Fähigkeiten der Arbeitssuchenden und ist darauf gerichtet, „die richtige Person auf den richtigen Arbeitsplatz“ zu bringen. Gleiches gilt für den Bereich der Grundsicherung für Arbeitssuchende (§ 16 Absatz 1 Satz 1 SGB II i. V. m. § 35 SGB III). Persönliche Ansprechpartner sollen erwerbsfähige Hilfebedürftige und deren Bedarfsgemeinschaft unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls umfassend unterstützen und geeignete, passgenaue Leistungen zur Eingliederung in Arbeit erbringen (§ 14 SGB II i. V. m. § 3 Absatz 1 SGB II).

Der Frage der Zumutbarkeit einer Beschäftigung kommt in der deutlichen Mehrzahl der Arbeitsvermittlungen – anders als die Vorbemerkung der Fragesteller suggeriert – nur eine nachrangige und untergeordnete Bedeutung zu. Die weit überwiegende Mehrzahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat ein hohes Eigeninteresse daran, Arbeitslosigkeit bzw. Hilfebedürftigkeit schnellstmöglich zu beenden.

Soweit allerdings Arbeitsplätze, die den Neigungen, Kenntnissen und Fähigkeiten einer Person entsprechen, auf den Arbeitsmarkt nicht vorhanden sind, entspricht es dem Versicherungsprinzip (SGB III) und dem Solidaritätsprinzip (SGB III und SGB II), dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer alles ihnen bei einem objektiv vernünftigen Maßstab angemessene Möglichkeiten dazu beitragen, ihre Arbeitslosigkeit durch vorhandene Beschäftigungsmöglichkeiten zu beenden bzw. ihre Hilfebedürftigkeit zu beenden oder zumindest zu verringern (§ 2 SGB II).

Die Regelungen zur Zumutbarkeit konkretisieren im Interesse der Rechtssicherheit und der Einheitlichkeit der Rechtsanwendung Art, Umfang und Grenzen der Pflichten der einzelnen Person, zur Begrenzung des Schadens beizutragen, der der Versichertengemeinschaft (SGB III) durch die Arbeitslosigkeit entsteht bzw. die finanziellen Lasten, die der Allgemeinheit (SGB II) durch die Hilfebedürftigkeit entstehen, soweit als möglich zu begrenzen.

1. Welche Notwendigkeit bestand nach Ansicht der Bundesregierung, Kriterien zumutbarer Beschäftigungen mit Einführung des SGB III im Jahre 1998 erstmalig gesetzlich zu regeln?

Der Gesetzgeber des Jahres 1998 war der Auffassung, dass es Aufgabe des Gesetzgebers und nicht – wie vor diesem Zeitpunkt geregelt – des Verwaltungsrates der Bundesanstalt für Arbeit ist, die wesentlichen Elemente festzulegen, um die Interessen der Beitragszahler zur Arbeitslosenversicherung (Versichertengemeinschaft) an einer schnellstmöglichen Beendigung der Versicherungsfälle der Arbeitslosigkeit und der Interessen des einzelnen Arbeitslosen, nach Möglichkeit nur Beschäftigungen aufzunehmen, die den eigenen Vorstellungen entsprechen, zu einem angemessenen Ausgleich zu bringen.

2. Welche Änderungen bei den Kriterien zumutbarer Beschäftigungen hat es seit Einführung des Arbeitsförderungsgesetzes im Jahre 1969, des SGB III 1998 und mit/seit Einführung des SGB II 2005 gegeben, und wie schätzt die Bundesregierung deren Wirkung auf die Höhe der registrierten Arbeitslosigkeit und Beschäftigung ein?

Die Rechtsänderungen für den Bereich des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) bzw. für das SGB III ergeben sich im Wesentlichen aus

1. Zumutbarkeitsanordnung des Verwaltungsrates der Bundesanstalt für Arbeit vom 3. Oktober 1979 in Verbindung mit der Anordnungsermächtigung in § 103 AFG (Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit 11/1979 S. 1387) in Kraft ab 19. November 1979,
2. Zumutbarkeitsanordnung des Verwaltungsrates der Bundesanstalt für Arbeit vom 16. März 1982 in Verbindung mit der Anordnungsermächtigung in § 103 AFG (Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit 1982 S. 523) in Kraft ab 15. April 1982,
3. gesetzliche Zumutbarkeitsregelung in § 103b AFG, eingefügt durch Gesetz zur Reform der Arbeitsförderung (Arbeitsförderungs-Reformgesetz – AFRG) vom 24. März 1997 (BGBl. 1997 Teil I Nummer 20 S. 594) in Kraft ab 1. April 1997,
4. Zumutbarkeitsregelung im § 121 SGB III (BGBl. 1997 Teil I Nummer 20 S. 594) in Kraft ab 1. Januar 1998 (keine inhaltliche Änderung gegenüber § 103b AFG),
5. Zumutbarkeitsregelung im § 121 SGB III (BGBl. I S. 1648) in Kraft ab 1. August 1999 (Herabsetzung der zumutbaren Pendelzeit bei Vollzeit von drei auf zweieinhalb Stunden und bei Teilzeit von zweieinhalb auf zwei Stunden täglich),
6. Zumutbarkeitsregelung im § 121 SGB III Gesetz vom 23. Dezember 2002 (BGBl. I S. 4607) in Kraft ab 1. Januar 2003 (Ergänzung der Regelung um Zumutbarkeit eines Umzuges bei Beachtung familiärer Bindungen).

Die Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) ist – wie die frühere Sozialhilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) – eine staatliche Fürsorgeleistung. Die Kriterien zur Zumutbarkeit von Arbeit in der Grundsicherung für Arbeitsuchende wurden daher den Zumutbarkeitskriterien in § 18 Absatz 3 BSHG a. F. entnommen.

Mit dem Gesetz zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente vom 21. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2917, in Kraft ab 1. Januar 2009) wurde die Regelung des § 10 SGB II zur Zumutbarkeit dahingehend klarstellend ergänzt, dass die Aufnahme einer Arbeit nicht allein deshalb unzumutbar ist, weil dadurch eine bereits ausgeübte, aber nicht die Existenz sichernde Erwerbstätigkeit aufgegeben werden muss.

Die Bundesregierung verweist insoweit auf die Begründungen der entsprechenden Anordnungs- und Gesetzentwürfe. Nach Auffassung der Bundesregierung führt das geltende Recht zu einem angemessenen Ausgleich der Interessen der Versichertengemeinschaft (SGB III) und der Allgemeinheit (SGB II) mit den Interessen der einzelnen arbeitslosen Personen. Die Regelungen tragen dazu bei, Arbeitsplätze schnellstmöglich zu besetzen und dabei die beruflichen Vorstellungen und Möglichkeiten der Empfänger von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosengeld II angemessen – soweit dies angesichts der Lage auf dem Arbeitsmarkt möglich ist – zu wahren. Die Bundesregierung ist davon überzeugt, dass die Mehrzahl der Arbeitsplätze ohne Anwendung dieser Regelungen besetzt worden sind und besetzt werden. Die Beitragszahler zur Bundesagentur für Arbeit und die Erwerbstätigen, aus deren Steuern die Grundsicherung für Arbeitsuchende finanziert werden, können jedoch zu Recht erwarten, dass Arbeitslose sowohl rechtlich als auch tatsächlich dazu angehalten werden, ihnen zumutbare Beschäftigungen auch dann aufzunehmen und auszuüben, wenn diese nicht vollständig den eigenen Vorstellungen und Erwartungen entsprechen, so wie es sich ein großer Teil der Beschäftigten ebenfalls selber zumutet.

Der Bundesregierung liegen keine wirkungsanalytischen Ergebnisse zu der Frage vor, ob oder wie sich die Kriterien zumutbarer Beschäftigungen auf die Höhe der registrierten Arbeitslosigkeit und Beschäftigung auswirken. Aller-

dings wird davon ausgegangen, dass den Fällen von sanktionierten Arbeitsablehnungen eine größere Zahl von Fällen gegenüber steht, in denen die existierenden Regelungen – teilweise auch als Ergebnis der vorgeschriebenen Rechtsfolgenbelehrung – zu einer Annahme von zumutbaren Beschäftigungen führt.

3. In wie vielen Fällen wurden im Jahr 2010 im Bereich des SGB III Sperrzeiten verhängt, bundesweit und in den Bundesländern, aufgeschlüsselt nach dem Sperrzeitgrund und der Dauer (bitte auch im Vorjahresvergleich)?

Bei versicherungswidrigem Verhalten ohne wichtigen Grund kann die Auszahlung von Leistungen nach dem SGB III für die Dauer einer Sperrzeit ausgesetzt werden. In den nachfolgenden Tabellen 1 und 2 sind die in den Jahren 2009 und 2010 eingetretenen Sperrzeiten gemäß § 144 SGB III nach Dauer und Gründen in der Differenzierung nach Bundesländern dargestellt.

Tabelle 1: Sperrzeiten gemäß § 144 SGB III nach Dauer

Ausgewählte Regionen
Zeitreihe

Berichtszeitraum	Polit Gebietsstruktur	Sperrzeit Dauer					
		[+]Gesamt	1 Woche	2 Wochen	3 Wochen	6 Wochen	12 Wochen
		1	2	3	4	5	6
2009	[+]Gesamt ¹⁾	843.092	584.963	10.889	44.585	8.930	193.725
2009	[+] 01 Schleswig-Holstein	25.591	17.950	317	941	226	6.157
2009	[+] 02 Hamburg	21.120	14.630	156	881	109	5.344
2009	[+] 03 Niedersachsen	67.310	47.631	596	2.609	492	15.982
2009	[+] 04 Bremen	5.876	4.130	75	254	44	1.373
2009	[+] 05 Nordrhein-Westfalen	182.084	130.964	1.597	8.606	1.743	39.174
2009	[+] 06 Hessen	66.211	44.052	1.340	4.037	870	15.912
2009	[+] 07 Rheinland-Pfalz	43.200	30.349	733	2.640	409	9.069
2009	[+] 08 Baden-Württemberg	107.394	70.616	1.601	6.115	1.183	27.879
2009	[+] 09 Bayern	144.681	94.895	2.356	10.582	2.215	34.633
2009	[+] 10 Saarland	10.418	7.391	273	638	126	1.990
2009	[+] 11 Berlin	32.931	22.812	172	929	267	8.751
2009	[+] 12 Brandenburg	25.827	19.067	352	937	169	5.302
2009	[+] 13 Mecklenburg-Vorpommern	17.111	12.440	140	917	164	3.450
2009	[+] 14 Sachsen	38.610	28.016	646	2.067	420	7.461
2009	[+] 15 Sachsen-Anhalt	27.094	19.704	262	1.239	239	5.650
2009	[+] 16 Thüringen	27.483	20.236	272	1.181	251	5.543
2010	[+]Gesamt ¹⁾	765.497	513.119	14.389	44.989	9.859	183.141
2010	[+] 01 Schleswig-Holstein	24.480	16.831	274	1.010	223	6.142
2010	[+] 02 Hamburg	21.858	15.068	282	1.023	139	5.346
2010	[+] 03 Niedersachsen	60.781	42.065	685	2.643	551	14.837
2010	[+] 04 Bremen	5.118	3.395	88	243	48	1.344
2010	[+] 05 Nordrhein-Westfalen	164.937	115.995	2.332	8.623	1.691	36.296
2010	[+] 06 Hessen	63.627	40.544	2.103	4.009	931	16.040
2010	[+] 07 Rheinland-Pfalz	40.115	26.953	1.439	2.484	450	8.789
2010	[+] 08 Baden-Württemberg	91.924	56.788	2.226	5.821	1.352	25.737
2010	[+] 09 Bayern	126.959	80.310	2.172	10.296	2.587	31.594
2010	[+] 10 Saarland	8.874	6.175	262	673	139	1.625
2010	[+] 11 Berlin	31.556	20.878	377	987	288	9.026
2010	[+] 12 Brandenburg	23.645	16.797	435	1.144	264	5.005
2010	[+] 13 Mecklenburg-Vorpommern	16.337	11.820	171	1.031	173	3.142
2010	[+] 14 Sachsen	35.856	24.934	871	2.289	513	7.249
2010	[+] 15 Sachsen-Anhalt	24.093	16.977	287	1.291	227	5.311
2010	[+] 16 Thüringen	25.082	17.454	383	1.413	281	5.551

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

¹⁾ incl. der Fälle, die Leistungen im Ausland bezogen.

Tabelle 2: Sperrzeiten gemäß § 144 SGB III nach SperrzeitgründenAusgewählte Regionen
Zeitreihe

Berichtszeitraum	Polit. Gebietsstruktur	Sperrzeit Grund							
		[-] Sperrzeit	Arbeitsaufgabe	Arbeitsablehnung	Unzureichende Eigenbemühungen	Ablehnung berufl. Eingliederungsmaßnahme	Abbruch berufl. Eingliederungsmaßnahme	Meldeversäumnis	Verspätete Arbeitsuchendmeldung
		1	2	3	4	5	6	7	8
2009	[+]Gesamt *)	843.092	206.927	21.057	10.889	13.754	5.502	242.871	342.092
2009	[+] 01 Schleswig-Holstein	25.591	6.626	363	317	226	109	7.132	10.818
2009	[+] 02 Hamburg	21.120	5.841	285	156	142	66	5.544	9.086
2009	[+] 03 Niedersachsen	67.310	17.053	1.052	596	612	366	17.958	29.673
2009	[+] 04 Bremen	5.876	1.485	93	75	68	25	1.516	2.614
2009	[+] 05 Nordrhein-Westfalen	182.084	41.731	4.428	1.597	2.292	1.072	59.217	71.747
2009	[+] 06 Hessen	66.211	16.800	1.826	1.340	1.707	486	18.003	26.049
2009	[+] 07 Rheinland-Pfalz	43.200	9.782	791	733	1.147	398	13.325	17.024
2009	[+] 08 Baden-Württemberg	107.394	29.628	2.759	1.601	2.288	502	25.934	44.682
2009	[+] 09 Bayern	144.681	37.709	5.341	2.356	2.937	1.443	42.353	52.542
2009	[+] 10 Saarland	10.418	2.145	198	273	279	132	3.283	4.108
2009	[+] 11 Berlin	32.931	9.171	309	172	399	68	6.679	16.133
2009	[+] 12 Brandenburg	25.827	5.601	493	352	197	117	8.104	10.963
2009	[+] 13 Mecklenburg-Vorpommern	17.111	3.604	551	140	236	140	5.252	7.188
2009	[+] 14 Sachsen	38.610	7.916	1.211	646	621	200	11.298	16.718
2009	[+] 15 Sachsen-Anhalt	27.094	5.878	749	262	314	187	8.675	11.029
2009	[+] 16 Thüringen	27.483	5.895	602	272	287	191	8.573	11.663
2010	[+]Gesamt *)	765.497	194.943	24.167	14.389	12.585	6.294	259.309	253.810
2010	[+] 01 Schleswig-Holstein	24.480	6.558	369	274	260	188	7.789	9.042
2010	[+] 02 Hamburg	21.858	5.971	283	282	164	90	6.744	8.324
2010	[+] 03 Niedersachsen	60.781	15.802	1.251	685	593	385	19.109	22.956
2010	[+] 04 Bremen	5.118	1.416	104	88	69	46	1.657	1.738
2010	[+] 05 Nordrhein-Westfalen	164.937	38.569	4.813	2.332	1.945	1.283	63.588	52.407
2010	[+] 06 Hessen	63.627	16.974	2.024	2.103	1.410	572	19.993	20.551
2010	[+] 07 Rheinland-Pfalz	40.115	9.331	996	1.439	996	400	13.915	13.038
2010	[+] 08 Baden-Württemberg	91.924	27.217	2.705	2.226	2.218	770	27.247	29.541
2010	[+] 09 Bayern	126.959	34.074	6.312	2.172	2.718	1.373	42.817	37.493
2010	[+] 10 Saarland	8.874	1.837	258	262	251	91	3.361	2.814
2010	[+] 11 Berlin	31.556	9.402	470	377	349	80	7.148	13.730
2010	[+] 12 Brandenburg	23.645	5.331	751	435	190	141	8.450	8.347
2010	[+] 13 Mecklenburg-Vorpommern	16.337	3.271	714	171	213	148	5.978	5.842
2010	[+] 14 Sachsen	35.856	7.744	1.628	871	469	210	13.254	11.680
2010	[+] 15 Sachsen-Anhalt	24.093	5.494	750	287	330	255	8.888	8.089
2010	[+] 16 Thüringen	25.082	5.838	737	383	409	261	9.330	8.124

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

*) incl. der Fälle, die Leistungen im Ausland bezogen.

4. In wie vielen Fällen wurden jeweils in den Jahren 2005 bis 2010 im Bereich des SGB II Sanktionen gegenüber erwerbsfähigen und nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen neu ausgesprochen, und wie hoch war der Bestand an sanktionierten erwerbsfähigen und nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, bundesweit und in den Bundesländern, aufgeschlüsselt nach dem Grund und Umfang der Sanktion?

Für neu festgestellte Sanktionen können die Gründe ermittelt werden, die zu einer Sanktion führen. Dabei kann der Ausweis kompletter Berichtsjahre erst ab dem Jahr 2007 erfolgen. Für das Jahr 2010 ist aufgrund der Wartezeiten in der Grundsicherungsstatistik ein Ausweis nur für die Monate Januar bis September möglich. In Tabelle 3 sind die neu festgestellten Sanktionen gegenüber erwerbsfähigen Hilfebedürftigen nach Gründen und Bundesländern für die Jahre 2007, 2008, 2009 und den Zeitraum Januar bis September 2010 (sowie den Vergleichszeitraum Januar bis September 2009) dargestellt.

Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGBII)

Tabelle 3: Anzahl neu festgestellter Sanktionen gegenüber erwerbsfähigen Hilfebedürftigen (ehb) nach Gründen

Ausgewählte Regionen
Zeitreihe

Regionen	Anzahl im Berichtsjahr neu festgestellter Sanktionen	davon:										festgestellte Sperrzeit	be-gründete Sperrzeit			
		2007														
		§ 31 Abs. 1 Nr. 1a	§ 31 Abs. 1 Nr. 1b	§ 31 Abs. 1 Nr. 1c	§ 31 Abs. 1 Nr. 1d	§ 31 Abs. 1 Nr. 2	§ 31 Abs. 2 SGBII/AA	§ 31 Abs. 2 SGBII/AD/DPD	Minderung des Einkommens bzw. Vermögens	Fortsetzung unwirtschaftlichen Verhaltens	§ 31 Abs. 4 Nr. 1			§ 31 Abs. 4 Nr. 2	§ 31 Abs. 4 Nr. 3a	§ 31 Abs. 4 Nr. 3b
Deutschland	745.534	8.180	119.387	129.257	10.028	25.557	397.691	7.318	2.832	618	10.965	17.367	14.899	8.341	2.624	2.668
Westdeutschland	513.257	6.347	89.273	91.138	6.432	18.063	258.391	5.637	2.242	452	8.341	14.899	8.341	2.624	2.668	
Ostdeutschland	232.277	1.833	30.114	38.119	3.596	7.494	139.300	1.681	590	166	2.624	2.668				
Schleswig-Holstein	27.688	161	4.772	4.143	287	1.199	14.646	361	86	21	403	811				
Hamburg	19.091	96	2.472	4.614	131	408	9.944	175	53	25	292	419				
Niedersachsen	68.589	860	14.734	11.497	838	2.304	33.671	637	226	48	892	1.666				
Bremen	10.737	60	1.564	1.434	127	458	6.432	63	43	5	99	183				
Nordrhein-Westfalen	148.226	1.748	23.630	23.864	1.473	5.961	79.547	1.570	597	120	2.248	3.838				
Hessen	43.422	1.452	6.645	7.213	875	1.397	21.050	1.009	394	85	1.215	1.105				
Rheinland-Pfalz	35.723	455	6.139	5.766	679	1.443	18.229	256	179	18	475	1.159				
Baden-Württemberg	64.908	661	11.485	13.490	547	1.695	30.798	663	320	53	1.294	2.403				
Bayern	84.361	775	16.168	17.520	869	2.728	39.201	785	302	65	1.241	2.780				
Saarland	10.542	79	1.664	1.877	606	470	4.873	118	42	12	182	335				
Berlin	67.013	386	7.179	10.775	1.618	1.776	42.441	488	124	18	491	642				
Brandenburg	25.740	337	3.717	4.365	467	862	14.667	152	72	23	255	274				
Mecklenburg-Vorpommern	28.742	109	4.819	4.965	534	908	16.118	170	73	23	248	330				
Sachsen	45.407	339	4.566	7.789	660	1.409	28.083	425	116	34	675	562				
Sachsen-Anhalt	38.316	311	5.797	5.364	196	1.681	22.930	247	113	28	455	471				
Thüringen	27.059	351	4.036	4.861	121	858	15.061	199	92	40	500	389				

Regionen	Anzahl im Berichtsjahr neu festgestellter Sanktionen	davon:										
		Weigerung Abschluß von Eingliederungsvertrag	Verletzung Pflichten des Eingliederungsvertrags	Weigerung zumutbare Arbeit, Ausbildung, Arbeitsgelegenheit oder sonstige vereinbarte Maßnahmen aufzunehmen, aus- oder fortzuführen	Weigerung Aufnahme von zumutbarer Arbeit	Abbruch Eingliederungsmaßnahme	Versäumnis: Meldung	Versäumnis: ärztliche bzw. psychologische Untersuchung	Minderung des Einkommens bzw. Vermögens	Fortsetzung unwirtschaftlichen Verhaltens	festgestellte Sperrzeit	be-gründete Sperrzeit
		§ 31 Abs. 1 Nr. 1a	§ 31 Abs. 1 Nr. 1b	§ 31 Abs. 1 Nr. 1c	§ 31 Abs. 1 Nr. 1d	§ 31 Abs. 1 Nr. 2	§ 31 Abs. 2 SGBII / AA	§ 31 Abs. 2 SGBII / AD,PD	§ 31 Abs. 4 Nr. 1	§ 31 Abs. 4 Nr. 2	§ 31 Abs. 4 Nr. 3a	§ 31 Abs. 4 Nr. 3b
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
2008												
Deutschland	754.599	6.493	130.236	117.516	14.054	20.804	403.252	7.120	2.687	602	11.075	21.261
Westdeutschland	514.169	4.974	95.783	80.230	8.463	14.955	260.992	5.341	2.086	451	8.495	17.624
Ostdeutschland	240.430	1.519	34.453	37.286	5.591	5.849	142.260	1.779	601	151	2.580	3.637
Schleswig-Holstein	26.862	140	5.436	3.484	389	1.124	13.714	328	129	29	376	827
Hamburg	19.409	110	3.409	2.819	193	421	11.217	134	39	23	253	394
Niedersachsen	70.182	747	14.889	10.555	1.200	1.898	35.375	675	231	43	1.047	2.185
Bremen	8.419	38	1.199	1.080	106	260	5.094	37	52	7	83	183
Nordrhein-Westfalen	162.820	1.912	29.666	23.060	2.244	5.248	85.784	1.570	626	157	2.512	5.179
Hessen	43.550	675	7.267	6.683	942	1.214	22.328	930	237	36	909	1.276
Rheinland-Pfalz	36.098	269	6.340	4.712	989	1.292	18.499	303	225	22	499	1.511
Baden-Württemberg	61.461	586	11.321	11.971	757	1.279	28.891	535	269	47	1.310	2.640
Bayern	75.820	449	14.911	14.247	1.071	1.767	35.807	603	256	76	1.337	3.071
Saarland	9.548	48	1.345	1.619	572	452	4.283	226	22	11	169	358
Berlin	73.823	436	8.515	10.670	2.199	1.302	47.587	520	122	20	524	740
Brandenburg	27.498	250	4.197	4.806	745	831	14.677	229	66	15	334	703
Mecklenburg-Vorpommern	27.956	140	5.450	4.213	799	763	15.052	165	53	18	272	430
Sachsen	51.100	288	6.696	8.284	1.263	1.341	30.154	455	157	45	702	780
Sachsen-Anhalt	34.030	238	5.578	4.966	451	1.035	19.664	209	124	33	400	522
Thüringen	26.023	167	4.017	4.347	134	577	15.126	201	79	20	348	462

Regionen	davon:											festge- stellte Sperrzeit	be- gründete Sperrzeit	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11			12
§ 31 SGB II	§ 31 Abs. 1 Nr. 1a	§ 31 Abs. 1 Nr. 1b	§ 31 Abs. 1 Nr. 1c	Weigerung zumutbare Arbeit, Ausbildung, Arbeits- gelegenheit oder sonstige vereinbarte Maßnahmen aufzunehmen, aus- oder ferntzuführen	Weigerung Aufnahme von zumutbarer Arbeit	Abbruch Englieder- ungsmaß- nahme	Verstümmel- meldung	Verstümmel- ärztliche bzw. psychologische Unter- suchung	Minderung des Ein- kommens bzw. Vermögens	Fortsetzung unwirt- schaftlichen Verhaltens	§ 31 Abs. 4 Nr. 3a	§ 31 Abs. 4 Nr. 3b		
2009														
Deutschland	726.647	3.705	127.605	99.642	14.399	19.576	413.520	6.619	2.268	445	19.951	18.916		
Westdeutschland	497.416	2.914	94.732	68.271	8.098	14.623	271.139	5.033	1.728	339	15.089	15.449		
Ostdeutschland	229.231	791	32.873	31.371	6.301	4.953	142.381	1.586	540	106	4.862	3.467		
Schleswig-Holstein	26.248	72	5.578	3.483	446	1.171	13.561	286	98	25	733	794		
Hamburg	20.880	47	3.614	1.941	206	418	13.425	141	44	11	621	412		
Niedersachsen	71.092	539	14.705	10.047	1.254	2.113	37.504	645	184	60	1.830	2.210		
Bremen	7.589	55	1.314	886	94	112	4.737	38	21	4	181	147		
Nordrhein-Westfalen	164.176	1.300	29.704	20.839	2.296	5.226	93.330	1.473	600	126	4.737	4.545		
Hessen	42.652	410	7.657	5.334	811	1.127	23.546	848	235	16	1.529	1.139		
Rheinland-Pfalz	32.879	128	5.703	4.667	876	1.146	17.772	330	144	15	834	1.264		
Baden-Württemberg	55.213	194	11.377	8.464	625	1.152	28.357	479	192	18	2.040	2.316		
Bayern	67.974	149	14.065	11.056	834	1.684	34.675	590	187	63	2.303	2.368		
Saarland	8.713	20	1.015	1.554	656	474	4.232	203	23	*	281	254		
Berlin	69.956	177	7.748	8.519	2.899	985	47.189	491	109	18	1.089	724		
Brandenburg	27.287	162	4.492	4.995	780	749	14.776	224	69	16	707	417		
Mecklenburg-Vorpommern	26.874	50	5.084	4.093	886	735	14.928	130	42	11	515	400		
Sachsen	46.515	229	6.490	6.238	1.182	1.004	28.930	381	127	46	1.161	727		
Sachsen-Anhalt	33.878	88	5.083	4.235	428	961	21.564	193	126	9	713	488		
Thüringen	24.719	85	3.976	3.691	126	509	15.004	167	67	6	677	411		
Januar 2009 - September 2009														
Deutschland	547.173	2.931	96.973	76.236	10.845	14.962	309.200	4.938	1.718	336	14.696	14.339		
Westdeutschland	374.945	2.271	72.139	52.560	6.148	11.222	202.424	3.746	1.295	259	11.142	11.720		
Ostdeutschland	172.228	660	24.834	23.666	4.697	3.740	106.776	1.192	423	77	3.554	2.619		
Schleswig-Holstein	19.612	67	4.167	2.692	333	912	10.052	196	77	19	519	578		
Hamburg	15.921	36	2.737	1.561	161	315	10.182	116	36	11	463	303		
Niedersachsen	53.188	410	11.200	7.610	968	1.592	27.717	477	125	40	1.370	1.680		
Bremen	5.759	35	966	701	74	93	3.591	30	18	3	133	115		
Nordrhein-Westfalen	125.378	1.040	23.032	16.370	1.713	4.032	70.552	1.096	452	99	3.530	3.462		
Hessen	31.588	297	5.621	4.006	630	864	17.359	651	177	11	1.126	846		
Rheinland-Pfalz	24.883	103	4.343	3.523	707	865	13.206	240	105	11	620	960		
Baden-Württemberg	41.474	153	8.653	6.588	488	876	20.885	359	151	13	1.512	1.785		
Bayern	50.860	115	10.620	8.364	612	1.317	25.761	428	136	52	1.662	1.793		
Saarland	6.482	15	800	1.195	462	356	1.118	153	18	x	207	198		
Berlin	52.653	145	5.814	6.663	2.206	769	35.281	376	79	13	782	525		
Brandenburg	20.131	125	3.370	3.199	525	563	11.091	163	53	10	523	509		
Mecklenburg-Vorpommern	19.964	39	3.809	3.021	651	532	11.102	95	33	7	370	305		
Sachsen	35.118	191	4.882	4.740	912	724	21.852	283	97	35	832	570		
Sachsen-Anhalt	25.956	92	3.923	3.265	320	771	16.378	142	115	7	554	389		
Thüringen	18.406	68	3.036	2.768	83	381	11.072	133	46	5	493	321		

Regionen	davon:											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	§ 31 SGB II	§ 31 Abs. 1 Nr. 1a	§ 31 Abs. 1 Nr. 10	§ 31 Abs. 1 Nr. 1c	§ 31 Abs. 1 Nr. 1d	§ 31 Abs. 1 Nr. 2	§ 31 Abs. 2 SGBI/AA	§ 31 Abs. 2 SGBII/AD/FPD	§ 31 Abs. 4 Nr. 1	§ 31 Abs. 4 Nr. 2	§ 31 Abs. 4 Nr. 3a	§ 31 Abs. 4 Nr. 3b
	Januar 2010 - September 2010											
Deutschland	610.999	2.491	106.753	73.819	10.650	15.123	366.677	4.829	1.647	318	14.645	13.647
Westdeutschland	409.641	2.082	76.919	50.489	5.817	11.425	235.967	3.569	1.160	248	10.983	10.982
Ostdeutschland	200.958	409	29.834	23.330	4.833	3.698	130.710	1.260	487	70	3.662	2.665
Schleswig-Holstein	20.557	42	4.305	2.258	449	804	11.274	192	84	10	601	538
Hamburg	18.914	57	3.610	1.511	192	454	12.237	72	26	11	453	291
Niedersachsen	60.009	423	11.446	7.484	980	1.849	34.152	573	138	34	1.404	1.526
Bremen	6.502	11	1.362	673	51	74	4.035	29	16	*	168	92
Nordrhein-Westfalen	136.284	837	23.827	15.568	1.622	4.160	81.921	1.122	381	90	3.473	3.303
Hessen	34.958	317	6.362	4.177	609	904	19.834	553	188	11	1.125	878
Rheinland-Pfalz	26.284	73	4.709	3.155	454	856	15.229	236	96	13	594	869
Baden-Württemberg	45.719	168	9.851	5.931	469	817	24.939	293	97	12	1.473	1.669
Bayern	53.752	144	10.773	8.576	624	1.161	28.703	408	138	65	1.536	1.624
Saarland	6.682	10	674	1.156	367	346	3.643	91	16	*	166	192
Berlin	62.208	102	7.276	5.557	2.118	614	44.661	363	71	20	864	562
Brandenburg	23.337	82	4.113	3.604	600	566	13.143	163	72	9	451	534
Mecklenburg-Vorpommern	22.094	43	4.194	2.901	721	526	12.897	93	45	3	401	270
Sachsen	40.237	65	5.822	4.888	794	807	25.923	317	135	22	885	579
Sachsen-Anhalt	30.832	76	5.115	3.473	475	734	19.747	175	79	8	542	408
Thüringen	22.250	41	3.314	2.907	125	451	14.339	149	85	8	519	312

*) Die erhebenen Daten unterliegen grundsätzlich der Geheimhaltung nach § 6 BStatG. Eine Übermittlung von Einzelangaben ist daher ausgeschlossen. Aus diesem Grund werden bei den Ihnen zur Verfügung gestellten Daten auch Zahlenwerte kleiner 3 anonymisiert oder zu Gruppen zusammengefasst.
© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Der Bestand an sanktionierten erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in den Berichtsmonaten September 2007, September 2008, September 2009 und September 2010 und die dazugehörigen Sanktionsquoten (Anteil der sanktionierten erwerbsfähigen Hilfebedürftigen an allen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen) sind in Tabelle 4 nach Bundesländern dargestellt. Eine Differenzierung des Bestands an sanktionierten erwerbsfähigen Hilfebedürftigen nach Grund und Umfang der Sanktion ist nicht Bestandteil der Berichterstattung der Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Tabelle 4: Bestand an sanktionierten erwerbsfähigen Hilfebedürftigen (eHb)

Ausgewählte Regionen

Zeitreihe

	September 2007	September 2008	September 2009	September 2010
	1	2	3	4
Bestand eHb mit mindestens einer Sanktion				
Deutschland	140.775	137.289	125.921	142.357
Westdeutschland	96.670	93.626	86.445	95.576
Ostdeutschland	44.105	43.663	39.476	46.781
Schleswig-Holstein	5.178	5.005	4.523	4.780
Hamburg	3.477	3.364	3.792	4.526
Niedersachsen	13.771	12.867	11.475	13.578
Bremen	1.896	1.739	1.391	1.656
Nordrhein-Westfalen	30.368	30.925	29.819	32.782
Hessen	8.785	8.687	8.210	8.722
Rheinland-Pfalz	6.052	6.289	5.324	6.004
Baden-Württemberg	11.101	10.581	9.160	10.426
Bayern	14.201	12.392	11.177	11.547
Saarland	1.841	1.777	1.574	1.555
Berlin	12.521	13.921	12.377	16.325
Brandenburg	5.903	5.436	4.883	5.278
Mecklenburg-Vorpommern	5.268	4.911	4.427	4.629
Sachsen	8.915	9.011	7.824	9.145
Sachsen-Anhalt	6.761	5.924	5.953	6.666
Thüringen	4.737	4.460	4.012	4.738
Quote in Bezug auf alle eHb in %				
Deutschland	2,7	2,8	2,6	3,0
Westdeutschland	2,9	2,9	2,7	3,0
Ostdeutschland	2,4	2,5	2,4	2,9
Schleswig-Holstein	3,0	3,0	2,7	2,9
Hamburg	2,4	2,3	2,6	3,2
Niedersachsen	2,8	2,8	2,5	3,0
Bremen	2,7	2,6	2,0	2,4
Nordrhein-Westfalen	2,6	2,7	2,6	2,8
Hessen	2,8	2,8	2,7	2,9
Rheinland-Pfalz	3,4	3,7	3,1	3,6
Baden-Württemberg	3,2	3,3	2,7	3,1
Bayern	3,8	3,6	3,2	3,4
Saarland	3,0	3,0	2,6	2,6
Berlin	2,7	3,1	2,8	3,7
Brandenburg	2,2	2,2	2,1	2,4
Mecklenburg-Vorpommern	2,5	2,6	2,5	2,8
Sachsen	2,1	2,2	2,0	2,5
Sachsen-Anhalt	2,3	2,2	2,3	2,7
Thüringen	2,3	2,4	2,2	2,9

Sanktionen können auch gegenüber nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen (die zu 96 Prozent jünger als 15 Jahre sind) ausgesprochen werden. Im Bestand gab es zu den o. g. Septemberstichtagen bundesweit jeweils nur etwas mehr als 100 sanktionierte nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige, fast ausschließlich, weil der Meldepflicht nicht nachgekommen wurde. Wegen des geringen Umfangs ist eine weitere Differenzierung im Sinne der Fragestellung nicht möglich.

5. In wie vielen Fällen wurden jeweils in den Jahren 2005 bis 2010 im Bereich des SGB II Sanktionen, die zur Einstellung sämtlicher Zahlungen führten, gegenüber erwerbsfähigen und nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen neu ausgesprochen (bitte bundesweit und nach Bundesländern angeben)?

Dieser Sachverhalt lässt sich bestandsbezogen anhand der Anzahl an erwerbsfähigen Hilfebedürftigen mit vollständiger Leistungskürzung abbilden. In Tabelle 5 ist dieser Personenkreis für die Berichtsmonate September 2007, September 2008, September 2009 und September 2010 differenziert nach Bundesländern dargestellt.

Auf eine entsprechende Darstellung von sanktionierten nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen wird aus den in der Antwort zu Frage 4 genannten Gründen verzichtet.

Tabelle 5: Anzahl sanktionierter erwerbsfähiger Hilfebedürftiger mit vollständiger Leistungskürzung

Deutschland, Länder

September 2007 bis 2010 jeweils Einzelmonate

Hochgerechnete Werte anhand der ARGE- und gAw -daten über die Eckwerte (inkl. zKT)

	Bestand an erwerbsfähigen Hilfebedürftigen mit vollständiger Leistungskürzung			
	September 2007	September 2008	September 2009	September 2010
	1	2	3	4
Schleswig-Holstein	454	499	479	544
Hamburg	257	279	286	327
Niedersachsen	1.302	1.387	1.030	1.120
Bremen	155	127	91	99
Nordrhein-Westfalen	2.228	2.297	2.119	2.251
Hessen	684	766	767	818
Rheinland-Pfalz	663	820	609	657
Baden-Württemberg	1.037	1.028	920	887
Bayern	1.585	1.611	1.427	1.331
Saarland	172	232	194	160
Berlin	742	884	693	905
Brandenburg	785	671	527	559
Mecklenburg-Vorpommern	576	596	562	538
Sachsen	704	697	554	700
Sachsen-Anhalt	828	624	554	691
Thüringen	467	496	386	466
Deutschland	12.640	13.014	11.198	12.052
Westdeutschland	8.538	9.046	7.922	8.194
Ostdeutschland	4.102	3.968	3.276	3.858

6. Liegen der Bundesregierung Angaben darüber vor, welche Beträge jeweils in den Jahren 2005 bis 2010 bundesweit und nach Bundesländern durch verhängte Sperrzeiten und Sanktionen im Bereich des SGB III und SGB II eingespart wurden?

Falls nicht, was ist der Grund der Nichterfassung, und ist für die Zukunft eine solche Aufstellung beabsichtigt?

Die Regelungen zur Zumutbarkeit und zu Sperrzeiten bzw. Sanktionen dienen dazu, die Besetzung von Arbeitsplätzen zu unterstützen und Arbeitslosigkeit bzw. Hilfebedürftigkeit zu vermeiden, zu beenden bzw. zu verringern, nicht hingegen, Finanzmittel einzusparen. Einsparungen sind deshalb nicht Gegenstand statistischer Erfassungen. Eine Erfassung dieser Daten ist daher auch in Zukunft nicht beabsichtigt.

7. Sind bei den von Sperrzeiten und Sanktionen betroffenen Erwerbslosen signifikante Häufungen bezüglich Altersgruppe, Geschlecht, ausländischer Herkunft, Regionen oder anderer Merkmale vorhanden?

Für das SGB III kann eine Sperrzeitquote errechnet werden, welche die Zahl der Sperrzeiten auf die Zugänge an Leistungsempfängern (Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit) bezieht. Bei der Interpretation dieser Quote ist zu beachten: Etwa zwei Drittel der Sperrzeiten wird beim Zugang ausgesprochen (bei Arbeitsaufgabe und bei verspäteter Arbeitsuchendmeldung). Teilweise erhalten einzelne Personen mehrere Sperrzeiten, so dass der Anteil der gesperrten Personen tatsächlich kleiner sein dürfte als die ausgewiesene Sperrzeitquote. Außerdem werden manche Sperrzeiten durch erfolgreiche Widersprüche oder Klagen aufgehoben. Die absolute Höhe der Sperrzeitquote lässt sich auf Grund der genannten Einschränkungen nicht interpretieren.

Für das Jahr 2010 ergibt sich für das SGB III eine Gesamt-Sperrzeitquote von 27 Prozent (die Zugänge der Arbeitslosengeldempfänger beziehen sich auf den Zeitraum November 2009 bis Oktober 2010, aktuellere Daten liegen nicht vor). Für Männer beträgt sie 31,1 Prozent, für Frauen 20,8 Prozent. Bei Ausländern beträgt die Sperrzeitquote 37,9 Prozent. Differenziert nach Altersgruppen lauten die Ergebnisse: unter 25-Jährige: 46,4 Prozent; 25- bis unter 50-Jährige: 25,8 Prozent; 50-Jährige und Ältere: 12,5 Prozent. Regional reicht die Spanne der Sperrzeitquoten von 16,7 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern bis 36,3 Prozent in Hessen (vgl. auch Tabelle 6).

Für das SGB II wird anhand von Sanktionsquoten (Anteil der sanktionierten erwerbsfähigen Hilfebedürftigen an allen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen) ersichtlich, ob Sanktionen bei bestimmten Personengruppen oder in bestimmten Regionen vergleichsweise häufig oder weniger häufig vorliegen. Als Referenzgröße wird dabei der Wert der Sanktionsquote über alle Personengruppen und Regionen herangezogen, der im jüngsten Berichtsmonat September 2010 bei 3,0 Prozent lag (für den Anteil der sanktionierten arbeitslosen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen an allen arbeitslosen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen lautet der Wert 4,2 Prozent). Für Männer wird dabei mit 4,2 Prozent (5,5 Prozent) ein deutlich höherer Wert als für Frauen mit 1,8 Prozent (2,8 Prozent) ausgewiesen. Ausländer sind unter den sanktionierten erwerbsfähigen Hilfebedürftigen mit einer Sanktionsquote von 2,6 Prozent (3,7 Prozent) unterrepräsentiert. Differenziert nach Altersgruppen lauten die Ergebnisse: unter 25-Jährige: 4,5 Prozent (9,9 Prozent); 25- bis unter 50-Jährige: 3,3 Prozent (4,5 Prozent); 50- bis unter 65-Jährige: 1,0 Prozent (1,6 Prozent). Regional reicht die Spanne der Sanktionsquoten von 2,4 Prozent in Bremen und Brandenburg (3,4 Prozent in Brandenburg) bis 3,7 Prozent in Berlin (5,2 Prozent in Rheinland-Pfalz).

Die Sperrzeitquoten, welche die Sperrzeiten auf die Zahl der Zugänge an Arbeitslosengeldempfänger beziehen, dürfen nicht mit den Sanktionsquoten aus dem vorhergehenden Absatz verglichen werden, da diese Quoten Sanktionen auf den Bestand an Leistungsempfängern beziehen. Folglich liegt den Sperrzeitquoten und den Sanktionsquoten ein unterschiedliches Messkonzept zugrunde.

8. In wie vielen Fällen war jeweils in den Jahren von 2005 bis 2010 infolge von Sanktionen gegenüber Erwerbslosen die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zu verzeichnen (bitte getrennt nach Rechtskreisen SGB III und SGB II, dem Grund und Umfang der Sanktion, bundesweit und nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Daten vor.

9. Wie hat sich allgemein die Höhe der Sperrzeitquote im Bereich des SGB III in den letzten zehn Jahren und der Sanktionsquote im Bereich des SGB II in den letzten sechs Jahren entwickelt sowie im Speziellen bei Ablehnung einer zumutbaren Beschäftigung, bundesweit und nach Bundesländern?

In Tabelle 6 ist dargestellt, wie sich die Sperrzeitquote im SGB III (darunter die Sperrzeitquote mit Grund Arbeitsablehnung) in den letzten Jahren in den Bundesländern entwickelt hat. Die Darstellungen sind dabei auf den Zeitraum 2006 bis 2010 begrenzt, damit den Auswertungen eine einheitliche Datenbasis zugrunde liegt.

Tabelle 6: Sperrzeitquoten in der zeitlichen Entwicklung

Ausgewählte Regionen
Zeitreihe

Polit Gebietsstruktur	2006	2007	2008	2009	2010 ¹⁾
	1	2	3	4	5
Sperrzeitquoten insgesamt in %					
[+]Gesamt	18,0	25,0	28,5	26,3	27,0
[+] 01 Schleswig-Holstein	17,6	24,9	26,8	23,8	24,2
[+] 02 Hamburg	26,7	34,3	35,1	30,1	32,2
[+] 03 Niedersachsen	16,2	22,1	25,1	23,1	23,2
[+] 04 Bremen	21,3	28,5	27,8	25,1	23,6
[+] 05 Nordrhein-Westfalen	21,1	29,9	32,6	29,2	30,5
[+] 06 Hessen	26,8	35,1	35,7	33,7	36,3
[+] 07 Rheinland-Pfalz	23,1	30,2	33,2	30,1	32,1
[+] 08 Baden-Württemberg	23,8	31,4	34,2	29,3	30,0
[+] 09 Bayern	18,4	24,6	31,1	28,6	28,6
[+] 10 Saarland	19,0	29,3	32,5	29,6	29,4
[+] 11 Berlin	15,3	21,7	26,1	25,6	25,3
[+] 12 Brandenburg	9,5	16,0	20,5	20,2	20,5
[+] 13 Mecklenburg-Vorpommern	8,9	13,2	16,9	16,4	16,7
[+] 14 Sachsen	8,9	14,4	18,9	17,3	18,8
[+] 15 Sachsen-Anhalt	11,7	18,1	22,1	20,8	21,0
[+] 16 Thüringen	12,9	20,2	22,3	21,0	22,6

Polit Gebietsstruktur	2006	2007	2008	2009	2010 ^{*)}
	1	2	3	4	5
Sperrzeitquoten mit Grund Arbeitsablehnung in %					
[+] Gesamt	0,8	0,9	1,1	0,7	0,9
[+] 01 Schleswig-Holstein	0,6	0,3	0,4	0,3	0,4
[+] 02 Hamburg	1,2	1,1	0,9	0,4	0,4
[+] 03 Niedersachsen	0,5	0,5	0,6	0,4	0,5
[+] 04 Bremen	0,9	0,9	1,0	0,4	0,5
[+] 05 Nordrhein-Westfalen	0,8	1,1	1,2	0,7	0,9
[+] 06 Hessen	1,2	1,2	1,5	0,9	1,2
[+] 07 Rheinland-Pfalz	0,6	0,7	0,9	0,6	0,8
[+] 08 Baden-Württemberg	1,6	1,6	1,5	0,8	0,9
[+] 09 Bayern	1,0	1,3	1,6	1,1	1,4
[+] 10 Saarland	0,7	1,1	1,1	0,6	0,9
[+] 11 Berlin	0,5	0,3	0,4	0,2	0,4
[+] 12 Brandenburg	0,3	0,3	0,4	0,4	0,7
[+] 13 Mecklenburg-Vorpommern	0,4	0,5	0,8	0,5	0,7
[+] 14 Sachsen	0,4	0,5	0,7	0,5	0,9
[+] 15 Sachsen-Anhalt	0,6	0,7	0,8	0,6	0,7
[+] 16 Thüringen	0,6	0,8	0,9	0,5	0,7

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Sperrzeitquote im Jahr t = Sperrzeiten nach § 144 SGB III im Jahr t / Zugang an Leistungsempfängern (Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit) im Jahr t

*) Als Nenner werden aufgrund der Wartezeiten in der Arbeitslosengeldstatistik die Daten des Zeitraums November 2009 bis Oktober 2010 herangezogen.

Zur zeitlichen Entwicklung der Sanktionsquoten im SGB II nach Bundesländern wird auf Tabelle 4 verwiesen; dort sind Ergebnisse für alle Septemberstichtage seit Aufnahme der Berichterstattung über Sanktionen zu finden. Im Zusammenhang mit den bestandsbezogenen Sanktionsquoten kann nicht nach Gründen (wie z. B. Ablehnung einer zumutbaren Beschäftigung) differenziert werden.

10. Erscheint es der Bundesregierung vor dem Hintergrund des von ihr diagnostizierten Fachkräftemangels sinnvoll, einen beruflichen Qualifikationsschutz zur Sicherung eines hohen Qualifikationsniveaus in die Zumutbarkeitskriterien nach dem SGB III und SGB II aufzunehmen?

Eine solche Regelung ist angesichts der Ausrichtung der Arbeitsvermittlung auf möglichst passgenaue Stellenangebote (siehe Vorbemerkung der Bundesregierung) nicht erforderlich. Zudem würde ein dauerhafter Berufsschutz Arbeitslosigkeit bzw. Hilfebedürftigkeit verfestigen, weil sich die Betroffenen trotz fehlender Eingliederungsaussichten auf ein bestimmtes Berufsfeld einschränken könnten.

11. Liegen der Bundesregierung Angaben darüber vor, in wie vielen Fällen Erwerbslose unterhalb ihrer beruflichen Qualifikation in Beschäftigung vermittelt wurden (bitte nach Jahren seit 2005, getrennt nach Rechtskreisen, Bundesländern und Altersstufen angeben)?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Angaben vor.

12. Liegen der Bundesregierung Angaben darüber vor, in wie vielen Fällen Erwerbslose in Niedriglohnbeschäftigung vermittelt wurden (bitte nach Jahren seit 2005, getrennt nach Rechtskreisen und Bundesländern angeben)?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Angaben vor

13. Liegen der Bundesregierung Angaben darüber vor, in wie vielen Fällen Erwerbslose in Leiharbeit vermittelt wurden (bitte nach Jahren seit 2005, getrennt nach Rechtskreisen und Bundesländern angeben)?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine statistischen Daten vor. In der Arbeitnehmerüberlassungsstatistik wird lediglich abgebildet, wie viele der zugegangenen Zeitarbeiter früher bereits beschäftigt waren. Dieser Personenkreis dürfte u. a. auch (ehemalige) Arbeitslose umfassen. Die Tabellen 1, 2 und 3 der Publikation „Leiharbeitnehmer und Verleihbetriebe im 1. Halbjahr 2010“ der Statistik der Bundesagentur für Arbeit beziehen sich unter anderem auf den Zugang von Zeitarbeitern.

14. Welche Konsequenzen hat aus Sicht der Bundesregierung das Urteil des Bundesarbeitsgerichts zur Nichttariffähigkeit der Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personalserviceagenturen (CGZP) vom 14. Dezember 2010 für die Arbeitsvermittlung und die Frage zumutbarer Beschäftigungen?

Welche Konsequenzen ergäben sich hinsichtlich verhängter Sperrzeiten und Sanktionen gegenüber Erwerbslosen, die eine Beschäftigung zu CGZP-Tarifverträgen abgelehnt oder aufgegeben haben, aus einer rückwirkenden Unwirksamkeit der CGZP-Tarifverträge?

Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat gegenwartsbezogen entschieden, dass die Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personalserviceagenturen (CGZP) keine Spitzenorganisation ist, die im eigenen Namen Tarifverträge abschließen kann. Die schriftliche Begründung des Beschlusses liegt noch nicht vor. Deshalb können die Folgen der Entscheidung noch nicht abschließend bewertet werden.

15. Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass Arbeitsangebote als Tagelöhner (auf einen Tag befristete Beschäftigung) nach dem SGB II eine zumutbare Beschäftigung und ein sinnvolles Instrument zur Überwindung der Erwerbslosigkeit darstellen, auch wenn dadurch die Hilfebedürftigkeit nicht beendet werden kann?
16. Welche Argumente sprechen aus Sicht der Bundesregierung dagegen, im Bereich des SGB II künftig nur in Tätigkeiten zu vermitteln, die die Hilfebedürftigkeit eines Erwerbslosen beenden?

Die Erwerbstätigen, aus deren Steuern die Grundsicherung für Arbeitssuchende finanziert wird, können zu Recht erwarten, dass Hilfebedürftige, soweit es ihnen möglich und zumutbar ist, dazu beitragen, die finanziellen Lasten für die Allgemeinheit in Grenzen zu halten. Erwerbsfähige Hilfebedürftige und die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen müssen daher alle Möglichkeiten zur Verringerung ihrer Hilfebedürftigkeit ausschöpfen. Erwerbsfähige Hilfebedürftige müssen ihre Arbeitskraft zur Beschaffung des Lebensunterhaltes für sich und die in ihrer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen einsetzen (§ 2 SGB II). Deshalb sind auch Beschäftigungen, die die Hilfebedürftigkeit (zeitweise) vermindern, im Rahmen der Grenzen, die § 10 SGB II aufzeigt, zumutbar.

17. Welche Kriterien werden bezüglich der Zumutbarkeit von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, wie Weiterbildung, Marktersatzmaßnahmen usw. angelegt?

Gibt es für Maßnahmen definierte Qualitätsstandards, die erfüllt sein müssen, um Erwerbslosen ein Angebot unterbreiten zu können?

Hinsichtlich des Bezugs von Arbeitslosengeld nach dem SGB III sind diejenigen Maßnahmen nicht zumutbar, die der Bezieher von Arbeitslosengeld nach Maßgabe des § 144 SGB III wegen eines wichtigen Grundes (i. S. des § 144 SGB III) ablehnen kann. Ob ein wichtiger Grund vorliegt, richtet sich nach den Umständen des Einzelfalls.

Die Zumutbarkeit der Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im Rechtskreis SGB II ist geregelt in § 10 Absatz 3 SGB II. Sie entspricht den Regelungen in § 10 Absatz 1 und 2 SGB II, die sich auf die Zumutbarkeit angebotener Arbeitsstellen beziehen. Insbesondere ist die Zumutbarkeit in jedem Einzelfall im Hinblick auf persönliche Rahmenbedingungen zu prüfen (z. B. körperliche Anforderungen, familiäre Einschränkungen – z. B. durch Erziehung von Kindern unter drei Jahren).

Die Fördermaßnahmen müssen bestimmte rechtliche Voraussetzungen erfüllen. Zentrale Qualitätsstandards für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen werden – soweit nicht im Gesetz selbst beschrieben – ergänzend in Weisungen und/oder Arbeitshilfen bzw. in den Vergabeunterlagen formuliert, die Grundlage der Ausschreibung von Maßnahmen z. B. nach § 46 SGB III darstellen (zu vermittelnde Inhalte, Praxisanteile, Unterrichtsdauer, Qualifizierung des Personals, Ausstattung der Räumlichkeiten etc.). Dies gilt, soweit die Bundesagentur für Arbeit Leistungsträgerin nach § 6 Absatz 1 Nummer 1 SGB II ist. Soweit die Maßnahmen von den zugelassenen kommunalen Träger nach § 6a SGB II erbracht werden, unterfällt die Leistungserbringung der Rechtsaufsicht des Landes nach § 48 Absatz 2 SGB II.

Im Einzelnen lassen sich folgende Aussagen treffen:

Arbeitsmarktdienstleistungen, die dem Vergaberecht unterliegen

Innerhalb der Bundesagentur für Arbeit werden verschiedene Instrumente der Qualitätssicherung von Arbeitsmarktdienstleistungen eingesetzt. Die Erkenntnisse aus der Qualitätssicherung sollen im Sinne eines Lieferantenmanagements transparent gemacht und unter anderem bei den Auswahlentscheidungen für zukünftige Aufträge angemessen berücksichtigt werden. Die Nutzung von Qualitätserkenntnissen kann dabei nur innerhalb der durch das Vergaberecht und der hierzu ergangenen Rechtsprechung vorgesehenen Grenzen erfolgen.

Herangezogen werden hierbei Informationen zu vorliegenden Eingliederungsquoten, die Erkenntnisse des Prüfdienstes Arbeitsmarktdienstleistungen, schriftliche Mängelanzeigen/Kündigungen durch die Regionalen Einkaufszentren und die Ergebnisse von Kundenbefragungen. Unterdurchschnittliche Eingliederungsquoten bzw. Prüfungsergebnisse oder Ergebnisse bei der Kundenbefragung früherer Maßnahmen sowie nachhaltig schlechte Erfahrungen aufgrund von Pflichtverletzungen aus bestehenden oder früheren Vertragsverhältnissen haben jedoch nur Indizcharakter. Ob ein Bieter die für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen erforderliche Zuverlässigkeit nach den berücksichtigten Qualitätserkenntnissen besitzt, wird aufgrund der Umstände des Einzelfalls in einer umfassenden Gesamtbetrachtung beurteilt.

Förderung der beruflichen Weiterbildung (Bildungsgutscheinverfahren)

Die Qualitätsstandards für Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung sind in § 85 SGB III und der Anerkennungs- und Zulassungsverordnung Weiterbil-

dung (AZWV) geregelt. Förderleistungen zur beruflichen Weiterbildung können daher nur bei Teilnahme an entsprechend zertifizierten Lehrgängen erbracht werden.

18. Inwieweit ist die Verhältnismäßigkeit bzw. Sinnhaftigkeit nach Auffassung der Bundesregierung bei den zumutbaren maximalen Pendelzeiten gewahrt, wenn insbesondere bei Teilzeitbeschäftigungen Arbeits- und Pendelzeit sich einander annähern oder Fahrtkosten einen Großteil des Arbeitsentgeltes in Anspruch nehmen?

Die Regelung des § 121 Absatz 4 SGB III regelt nach Auffassung der Bundesregierung Grundsätze für ein angemessenes Verhältnis von Arbeitszeit und der Dauer der zumutbaren Pendelzeiten. Darüber hinaus stellt die Vorschrift nur Maßgaben für den Regelfall auf. Je nach den Umständen des Einzelfalles können daher auch längere oder kürzere Pendelzeiten zumutbar sein. Insbesondere wird auch der Gesichtspunkt der familiären Bindungen (§ 121 Absatz 4 Satz 7 SGB III) im Einzelfall berücksichtigt.

Die Vorschrift über die Pendelzeiten (§ 121 Absatz 4 SGB III) steht darüber hinaus im Zusammenhang mit den Regelungen, die das Verhältnis von Arbeitslosengeld zu dem erzielten Nettoeinkommen unter Berücksichtigung der mit der Beschäftigung im Zusammenhang stehenden Aufwendungen (u. a. Fahrtkosten) berücksichtigen (§ 121 Absatz 3 SGB III). Eine Beschäftigung mit einem Arbeitsentgelt, das nach Abzug der Aufwendungen (wie insbesondere Fahrtkosten) unterhalb der Höhe des Arbeitslosengeldes liegt, ist für den Bereich der Arbeitslosenversicherung zu keinem Zeitpunkt zumutbar.

Für den Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende ist nach den Umständen des Einzelfalles das Vorliegen eines wichtigen Grundes zu prüfen (§ 10 Absatz 1 Nummer 5 SGB II). Im Übrigen wird auf die Antwort zu den Fragen 15 und 16 verwiesen.

19. Sieht die Bundesregierung einen Widerspruch bzw. Anpassungsbedarf zwischen den Regelungen zu zumutbaren Beschäftigungen und § 35 Absatz 2 SGB III (Vermittlungsangebot), nach dem die Agentur für Arbeit in der Vermittlung die Neigung, Eignung und Leistungsfähigkeit des Arbeitsuchenden zu berücksichtigen hat sowie § 1 Absatz 1 SGB II (Aufgabe und Ziel der Grundsicherung für Arbeitsuchende), nach dem die Grundsicherung dazu beitragen soll, dass die Hilfebedürftigen ihren Lebensunterhalt unabhängig von der Grundsicherung aus eigenen Mitteln und Kräften bestreiten können, da die Zumutbarkeitskriterien derzeit nicht an diesen Grundsätzen ausgerichtet sind?

Es wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

20. Haben sich aus Sicht der Bundesregierung die derzeitigen Regelungen im SGB III und SGB II zu zumutbaren Beschäftigungen und Sperrzeiten/Sanktionen in der Vergangenheit bewährt, bzw. wie schätzt sie die Wirkung dieser ein, sowohl auf die Verfasstheit des Arbeitsmarktes insgesamt als auch auf den einzelnen Erwerbslosen?

Der Bundesregierung liegen keine repräsentativen wissenschaftlichen Ergebnisse vor. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 2 verwiesen.

